Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 53 (1920)
Heft: 7

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

LIII. Jahrgang Nr. 7 Bern, 14. Februar 1920

Berner Schulblatt

Organ der fortschrittlich gesinnten bernischen Lehrerschaft
Erscheint jeden Samstag einen Bogen stark
Monatsbeilage: „Schulpraxis“

Redaktor für das Hauptblatt: Sek.-Lehrer E. Zimmermann in Bern, Schulweg 11

Chefredaktor für die „Schulpraxis“: Schulvorsteher G. Rothen, Bundesgasse 26, Bern
Mitredaktor: Schulinspektor E. Kasser, Bubenbergstr. 5, Bern

Abonnementspreis für die Schweiz: Jährlich Fr. 9.—; halbjährlich Fr. 4.50; dazu das Nachnahme-Porto; durch die Post bestellt Fr. 9.20 und Fr. 4.70. Einrückungsgebühr: Die einspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Rp. Bei Wiederholungen grosser Rabatt. Sekretariat, Kassieramt und Inseratenwesen: *Fr. Leuthold*, Lehrer in Bern.

Inhalt: Die politischen Parteien und die Schule (Fortsetzung). — Hilfe für die Anormalen. — Wie meine Schulklasse eine Obst- und Herbstfrüchteausstellung arrangierte. — Schulnachrichten.

Die politischen Parteien und die Schule.

Von *A. Münch*, Lehrer am Progymnasium in Thun.

(Fortsetzung.)

Die Bernische Bauern- und Bürgerpartei.

Auch diese ist ein Gebilde der Gegenwart. Systematisch und zielbewusst hat der schweizerische Bauernsekretär, der Generalstabschef der schweizerischen Bauernsame, die Vorarbeiten für die Organisation dieser Partei geschaffen und die eigentliche Bauernpolitik in unserem Lande eingeleitet. Und seine Arbeit, die wir als solche unbedingt anerkennen müssen — da er sich um die Bauernbewegung grosse Verdienste erworben hat — hat reiche Früchte getragen. Heute steht die Bauernschaft in verschiedenen Kantonen so organisiert da, dass selbst die Arbeiterschaft staunend gestehen muss, dass sie übertrumpft worden sei. Wer hätte noch unmittelbar vor der Abstimmung im Herbst geglaubt, dass die bernische Bauernsame in einer Wahlkampagne so geschlossen und einig auftreten könne. Der Wahlerfolg übertrifft sogar ihre eigenen kühnen Erwartungen. Nicht nur alle kumulierten (14), sondern auch noch 2 der unkumulierten Kandidaten sind gewählt worden, 16 von 32 Sitzen sind der Partei zugefallen.

Wo liegen die Wurzeln dieses grossartigen Erfolges? Einmal, wie schon erwähnt, in der vorzüglichen bis ins kleinste Dorf ausgebauten Organisation. Dazu kam die günstige Zeitlage. Der Bauer hat während des Krieges seine Kraft gespürt. Es ist ihm zum Bewusstsein gekommen, welche wichtige Rolle er in der Volkswirtschaft spielt, und wenn er es nicht selbst merkte, so haben es ihm andere zu verstehen gegeben. Durch klug ausgenützte Preispolitik hat der Bauer seine Position während der Kriegsjahre befestigt. Und der absterbende Freisinn stärkte und förderte durch schwächliche Nachgiebigkeit diese Preis-

politik, um sich die Bauernmassen treu zu erhalten, die lange genug die Kerntruppen der Freisinnigen-Demokraten bildeten.

Es kam dazu das Revolutionsspiel der Arbeiterführer. Der Generalstreik im Herbst 1918 wurde benutzt, um die Bauernmassen mobil zu machen, das Liebäugeln mit der russischen Revolution hat das Landvolk in die Abwehr getrieben, mit andern Worten, die Reaktion eingeleitet. Kluge, gewandte Führer haben es endlich verstanden, diese konservativen Kräfte, die im Bauernstand latent lagen, zu lösen und nutzbar zu machen für den politischen Kampf. Durch ein geschickt zusammengestelltes Programm mit patriotischem Aufputz und unter einer zügigen Firma hat man es verstanden, auch weitere Kreise, die in Abwehrstellung gegenüber der revolutionär sich gebärdenden Sozialdemokratie standen, zu sammeln. Dabei ist heute schon ohne weiteres klar, dass früher oder später eine reinlichere Scheidung stattfinden muss. Dass Gewerbe und Bauernschaft nicht unentwegt zusammen marschieren können, wurde schon an anderer Stelle ausgeführt. Ebenso müssen Fixbesoldete und Arbeiter, und wären es auch nur die Landarbeiter, mit der Zeit abgestossen werden. Die Bauern- und Bürgerpartei wird vor allem Bauernpolitik treiben wollen. Sie ist auf die Nationalratswahlen hin gebildet worden zur Stärkung und Sammlung der konservativen Elemente unseres Volkes. Darüber herrscht wohl kein Zweifel mehr.

Seit ihrem grossartigen Wahlerfolg tritt die Bauern- und Bürgerpartei mit einer Ausschliesslichkeit und Anspruchssicherheit auf, die viele stutzig macht. Dass diese Partei, die im besondern auf die zeitgemässe Besserung der Existenzbedingungen des landwirtschaftlichen Arbeitspersonals hinarbeitet, und die, wie das „Geschäftsblatt“ u. a. vor den Wahlen versicherte, vor allem die Bedürfnisse des kleinen Mannes vertreten und mit den freisinnigen Methoden abfahren will, doch aber vor allem aus Männer ins eidgenössische Parlament abordnet, denen die Bedürfnisse des kleinen Mannes kaum vom Hörensagen bekannt sind und die gerade die ehemalige freisinnige Partei geführt und geleitet haben oder die dort wenigstens ihr Strebertum zu befriedigen suchten, lässt Zweifel aufkommen an dem ehrlichen Können, das die Durchführung der versprochenen politischen und wirtschaftlichen Reformen im Kanton Bern erfordert.

Das *Aktionsprogramm der Bauern- und Bürgerpartei* wurde an ihrer Delegiertenversammlung vom 19. Juli 1919 in Bern durch den politischen Feldhauptmann der bernischen Bauernsame, Herrn R. Minger (diesen Titel hat sich Herr Minger selbst zuerkannt!) aufgerollt. Herr Minger hat in seinem Referat eine Parallele gezogen zwischen den heutigen Zuständen und denjenigen vor der französischen Revolution, zum Vergleich zieht er auch die Verhältnisse heran, die zum Ausbruch des Bauernkrieges führten. Er gibt zu, dass das heutige Wirtschaftsgebäude morsch sei und umgebaut werden müsse, er zeichnet ziemlich wahrheitsgetreu die Entwicklung des modernen Kapitalismus und die Entstehung des sogenannten vierten Standes, er weist darauf hin, wie die Führung der freisinnigen Partei an die Industrie überging, die durch ihre Beiräte, die Fürsprecher, die Politik in ihren Kreis zwang: „Ein Dividenden-, Tantiemen- und Gratifikationenregen hat sich ergossen, aber nicht über das ganze Land, sondern dieser Segen verschwand in den Taschen einzelner. Das hat zu gewaltigen Unterschieden geführt im Einkommen. Das Gros des arbeitenden Volkes hat mit bescheidenem Lose vorlieb nehmen müssen. Dagegen haben die Vertreter des Grosskapitals enorme Vermögen angehäuft und das vielfach sogar in Form von arbeitslosem Einkommen. Dadurch entstanden gewaltige Gegensätze in der Lebenshaltung. Auf der einen Seite Überfluss, Pracht, Luxus und Genußsucht, auf der andern

Seite harte Arbeit, Not, Entbehrung.“ Das ist eine Illustrierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise aus bäuerlichem Munde, wie sie drastischer nicht erfolgen kann und die man einem Arbeiterblatt als Verhetzung ankreiden würde. Dann geht Herr Minger aber auch mit der Sozialdemokratie vor Gericht. Er wirft ihr vor, ihr Ziel sei der Staatsbankerott und die Unrentabilität der Privatbetriebe. Das erreiche sie durch allzu grosse Inanspruchnahme der Staatsfinanzen und der Zumutung ungeheurer Opfer. Beispiele werden keine aufgezählt. Dagegen lehne die Sozialdemokratie die Vermehrung der Staatseinnahmen ab. Dazu möchte ich nur fragen, wer denn z. B. für die direkte Bundessteuer in allererster Linie eingetreten ist und wer sie entschieden ablehnte? Und wer entzieht dem Staat Millionen in Form von Subventionen an reiche Vieh- und Grundbesitzer?

Dass die Sozialdemokratie die Privatbetriebe unrentabel machen wolle durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch die Erhöhung der Löhne, ist an und für sich unrichtig, passt aber gut in die Programmrede des Bauernführers. Die unsinnige bernische Eisenbahnpolitik, die den Staat Bern dem Bankerott nahe brachte, das grundfalsche Finanzsystem des Bundes, dessen Änderung schon vor Jahren im Nationalrat gefordert aber abgelehnt wurde — und zwar mit Unterstützung der Bauern — weil die Forderung auf der linken Flanke erhoben wurde, das deckt man liebevoll mit dem Mantel des Schweigens.

Trotz der vernichtenden Kritik an unserer heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung will die Bauern- und Bürgerpartei die *Grundlagen dieses faulen Systems doch nicht ändern.* Nach streng liberaler Orientierung sollen privates Eigentum und freier Wettbewerb auf der heute geltenden Rechtsordnung unversehrt erhalten bleiben.

In einer möglichst *hoch gesteigerten Produktion* (das war ja auch das Ziel des Liberalismus!) wird das Heil gesucht. Diese soll dem einzelnen den grösstmöglichsten Anteil am Nationaleinkommen sichern — bei richtiger Verteilung, fügt Herr Minger vorsichtigerweise doch bei. Der Lohnarbeiter soll die Früchte seiner Arbeit geniessen dürfen, er soll einen Lohn erhalten, der ihm ein gutes Auskommen ermöglicht; aber „auf alle Fälle muss dem Begehren für eine weitere Arbeitszeitverkürzung mit Entschiedenheit entgegen getreten werden, und auch die Löhne werden einmal eine Grenze erreichen, die nicht mehr überschritten werden darf.“ Dabei hat Herr Minger an einer früheren Stelle seines Referates selbst zugegeben, dass sich die Höhe des Arbeitslohnes in der Hauptsache nach den Lebensmittelpreisen richtet. Es fehlt hier nur die logische Schlussfolgerung auf die Preisbildungspolitik der nötigen Lebensmittel, um Herrn Minger ein „Ganz einverstanden“ zurufen zu können.

Die Bauern- und Bürgerpartei hält dafür, dass die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter zu prüfen sei, dass die Preisdiktatur der Kartelle gebrochen werde, dass die Arbeitslosenkassen von der Industrie zu übernehmen seien, ebenso habe sich die Industrie der Wohnungsfrage anzunehmen, der staatliche Schutz nicht leistungsfähiger Industrien müsse abgelehnt werden. Das sind alles dankbare Postulate für unsere neuen Nationalräte. Wer wird sie im Parlament vertreten? Herr Regierungsrat Tschumi vielleicht?

Auch gegen die geltende *Steuermoral* zieht Herr Minger mutig ins Feld. Er verlangt, dass der Bürgerstand dem Staat die nötigen Mittel verschafft, welche für einen gesunden Finanzhaushalt Voraussetzung seien. Wir wollen alle hoffen, dass diese weise Mahnung befolgt werde und dass die Lamentationen über die Aussaugung des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes durch die Steuerbehörden, wie sie unlängst landauf und landab in allen Tonarten variiert

wurden, nur ironischen Klang haben sollten. Es freut uns, dass auch die Angehörigen der Bauern- und Bürgerpartei es selbstverständlich finden, wenn auch sie mit der gleichen Elle gemessen werden wie diejenigen, die nicht nur das als Einkommen deklarieren und versteuern dürfen, was sie nach Jahresschluss auf die Ersparniskasse legen können.

Wie stellt sich die neue Herrschaftspartei im besondern noch zum *Lohn- und Einkommensproblem?* Wenn wir uns erinnern, dass rein bäuerliche Gemeinden bis jetzt die kleinsten Lehrergehälter auszahlten und dass vielfach in solchen Gemeiden die Ausrichtung von Teuerungszulagen abgelehnt oder mit lächerlich tiefen Ansätzen (Fr. 50 z. B.) bewilligt wurden, so darf man sich schon auf die zu erwartende bessere Einsicht freuen. Bis jetzt haben die Fixbesoldeten und damit auch die Lehrer ihre höheren Besoldungen, wie die Arbeiterschaft, in schweren Kämpfen erringen müssen. Auf der Seite derer, die es als selbstverständlich betrachten, dass einer prozentualen Erhöhung der Gestehungskosten auch eine prozentuale Steigerung der Verkaufspreise folgen müsse, fand man wenig oder gar kein Verständnis für eine progressive Erhöhung der Einkommen und Löhne. Leute, die Kriegsgewinne einheimsten, fanden es selbstverständlich, dass andere Kriegsverluste auf sich nehmen mussten, ihre Ersparnisse aufzehrten und verproletarisierten.

Wohl sind die Bauernvertreter im Grossen Rat für die Annahme des Lehrerbesoldungsgesetzes wacker eingestanden, es wäre ungerecht, wenn wir das hier nicht anerkennen würden — aber sie haben sich gegen die Ausrichtung von freiwilligen Ortszuschlägen ausgesprochen und nach ihren Anträgen wurde die entsprechende Gesetzesbestimmung auch gestrichen. Darüber darf man sich nun nicht wundern. *Die Bauern- und Bürgerpartei vertritt laut ihren Statuten ausschliesslich bäuerliche Interessenpolitik,* im Hintergrund lauert der Gegensatz zwischen Stadt und Land. „Die Bauern- und Bürgerpartei wird im besonderen die wirtschaftlichen, politischen und ideellen Interessen der Landwirtschaft und des gesamten arbeitenden Bürgerstandes nach innen und aussen wahrnehmen und zu diesem Zwecke auf verbesserte Schul- und Berufsbildung unseres Landvolkes hinarbeiten.“ Das steht in der Zweckbestimmung zu den Statuten vom 19. Juli 1919.

Dass die Bauernschaft aus diesem Grunde auch Einfluss auf die *Lehrerbildung* zu gewinnen sucht, ist leicht verständlich. Landwirtschaftlicher Unterricht am Seminar ist eine der ersten Forderungen, die sie erhebt, und wer will daran zweifeln, dass ihr nicht nachgelebt werden muss? Wenn man beobachten konnte, wie rasch die landwirtschaftliche Fortbildungsschule einer Lösung entgegengeführt wurde! Für mich steht heute auch fest, dass der seinerzeitige Wechsel in der Seminarleitung, zum Teil wenigstens, auf konservativ-bäuerliche Umtriebe zurückzuführen war. Die jüngeren Lehrer aus dem Staatsseminar waren zu anspruchsvoll, sie standen unter dem Verdacht sozialistischer Gesinnung und deren Urheber war offenbar der Seminardirektor. Noch jetzt liegt der Schatten des Misstrauens über dem Staatsseminar, es äussert sich in der Bevorzugung der Absolventen des evangelischen Seminars.

Eine rationelle Lösung der *Lehrerinnenbildung* von Staates wegen wird durch die Bauernschaft hintertrieben. Für den Neubau des staatlichen Lehrerinnenseminars findet man die finanziellen Mittel nicht, wohl aber für die Errichtung reich und zweckmässig ausgestatteter landwirtschaftlicher Schulen in allen Kantonsteilen.

Man wird mir sagen, ich male schwarz, trotz meiner roten Brille! Da darf ich wohl zum Schluss meiner Ausführungen über die Bauern- und

Bürgerpartei noch einen unverdächtigen *Zeugen* zitieren, der die Stellungnahme des bäuerlichen Landvolkes *gegenüber Schule und Lehrerschaft* klar und deutlich beleuchtet, Herrn Dr. *E. Laur,* den schweizerischen Bauernsekretär. Er hat am Bern-Solothurner Bauerntag in Utzenstorf (12. Mai 1918) einen Vortrag gehalten, der nachher auch im „Schweizer Bauer" und in Broschürenform erschienen ist unter der Aufschrift: *„Die schweizerische Bauernpolitik im Lichte einer höheren Lebensauffassung."* Er schreibt dort im 6. Abschnitt „Schule und Erziehung": „Neben der Abstammung und den äusseren Lebensbedingungen entscheidet über die Entwicklung und den inneren Wert des einzelnen, wie der Familie, der Gemeinde und ganzer Völker vor allem die Erziehung. Darum stehen auch die beiden grössten Erziehungsmittel, die Schule und die Kirche, im Mittelpunkt der Politik.

Gute Schulen sind nicht nur die Grundlage des wirtschaftlichen Aufschwunges und des geistigen Fortschrittes, sie sollen auch Träger der Charakterbildung und Erzieher der Seele sein. Die Bauernparteien werden immer Freunde und Beschützer einer so geleiteten Schule sein.

Eine gute Schulbildung und eine darauf aufbauende fachliche Erziehung erhöhen die Produktivität der menschlichen Arbeit und heben die Freude an wirtschaftlicher Tätigkeit. Sie wirken deshalb schon an und für sich veredelnd. *Der Einfluss der Persönlichkeit des Lehrers und der Lehrerin auf das geistige und seelische Empfinden der jungen Leute kann für das ganze Leben bestimmend werden. Die Erscheinung, dass ein Teil der Lehrerschaft immer mehr einer sozialistisch-materialistischen Lebensauffassung verfällt, muss die Eltern, welche ihre Kinder der Schule laut Gesetz anvertrauen müssen, mit Sorge erfüllen.* Wie klein scheint dem gegenüber die Furcht vor Religionsunterricht durch Geistliche an der Schule. Wer Nächstenliebe und Duldsamkeit und Achtung vor der Überzeugung der Mitchristen lehrt, der soll im staatlichen Schulhaus willkommen sein. Wessen Herz aber von Klassenhass erfüllt ist, wem die Liebe zu Heimat und Vaterland erstorben ist, dem soll auch die Erziehung der Jugend nicht anvertraut werden. Wie der Hirte, so die Herde; *wie das Seminar, so die Lehrer; wie der Lehrer, so die Schule. In diesem Sinne sollen die Bauernparteien Stellung zur Schule, ihrem Ausbau und ihrer Führung nehmen."*

Über das höhere Bildungswesen spricht sich Dr. Laur auch aus, indem er sagt: „Wir wollen aber auch freudig dazu beitragen, dass auch das höhere Bildungswesen gedeiht und sich entwickelt. Je höher die Anstalt steht, je reifer die Schüler sind, um so mehr Unabhängigkeit soll der Unterricht geniessen, bis hinauf zur Universität, wo wir die volle Freiheit wissenschaftlicher Forschung und Lehre rückhaltlos anerkennen wollen. Aber diese kann nicht bedeuten, dass sich der Staat überhaupt nicht darum bekümmert, was an seiner Hochschule gelehrt wird, und dass er stillschweigend zusieht, wenn wichtige Gebiete, wie Nationalökonomie und Theologie bestimmten Richtungen oder gar Cliquen ausgeliefert werden. Dieser berechtigte Einfluss des Staates wird sich in erster Linie in einer *sorgfältigen Auswahl der Lehrkräfte* zu äussern haben. Wir verlangen von unseren Hochschulen nicht nur, dass sie uns tüchtige Ärzte und nicht Kurpfuscher, Chemiker und nicht Alchimisten, Rechtslehrer und nicht Winkeladvokaten, Ingenieure und nicht Pröbler heranbilden, sondern auch, dass sie uns Seelsorger und nicht politisierende Kanzelredner,[1] Nationalökonomen und

[1] Diese Forderung hat die bernische Bauernpartei nicht verhindert, gleich zwei „politisierende Kanzelredner" als Nationalratskandidaten aufzustellen, von denen der eine ja auch gewählt wurde.

nicht weltfremde Utopisten und nicht sozialpolitische Phantasten erziehe. Wir wollen in unseren Bauernparteien dafür wirken, dass die Hochachtung des Landvolkes vor der Wissenschaft und seine Opferfreudigkeit für unsere Hochschulen lebendig bleiben. Aber auch die Hochschulen müssen hierzu beitragen, indem sie dafür sorgen, dass die rechten Männer am rechten Platze stehen. Es darf auch nicht geschehen, dass Hochschullehrer[1] unter Berufung auf die Freiheit der Wissenschaft ihren schützenden Arm über Leute halten wollen, die sich gegen Gesetz und Recht verfehlten und die dem Vaterlande den Dienst verweigert haben. Wer die Freiheit der Wissenschaft und Forschung so auslegt, der schaufelt ihr selbst ein Grab."

(Fortsetzung folgt.)

Hilfe für die Anormalen.

Die Not der gegenwärtigen Zeit lastet schwer auf allen Anstalten für Anormale (Blinde, Taubstumme, Schwachsinnige, Epileptische, Krüppelhafte). Bis heute ist die Lösung dieses Zweiges der sozialen Frage fast ausschliesslich der Privatwohltätigkeit überlassen geblieben. Das Publikum wird aber in letzter Zeit durch die stets wachsenden Steuern so angespannt, dass es ihm immer schwerer wird, auch noch die Wohltätigkeit ausreichend zu pflegen. Alle Privatanstalten für Anormale beginnen daher stark zu leiden.

Beispielsweise schliessen die 1918er Jahresrechnungen ab bei einer Anstalt

für	Epileptische	mit	einem	Betriebsdefizit	von	Fr.	157,560. 05
„	Krüppelhafte	„	„	„	„	„	104,809. 58
„	Schwachsinnige	„	„	„	„	„	64,835. 94
„	Blinde	„	„	„	„	„	62,531. 26
„	Taubstumme	„	„	„	„	„	17,062. 58

Das kann unmöglich so weiter gehen!

Dass unter den konstanten finanziellen Nöten nicht bloss die Angestellten, sondern namentlich auch die Insassen der Anstalten, Erwachsene und Unerwachsene, leiden müssen, ist einleuchtend. Noch hat sich der Staat durch seine Gesetzgebung nicht der Pflege aller Anormaler (der Blinden, Taubstummen, Lahmen, Krüppelhaften, Schwachsinnigen und Epileptischen) angenommen. Nur im schweizerischen Zivilgesetz konnte die Pflicht der Rücksichtnahme der Eltern auf die Gebrechen ihrer Kinder bei der Erziehung aufgestellt werden und einige Kantone haben in ihre Schulgesetze Bestimmungen zur Erziehung anormaler Kinder aufgenommen. Sonst sucht man vergeblich nach gesetzlichen Bestimmungen für die Anormalen, ganz besonders für die Erwachsenen. Und doch beläuft sich die Zahl der in den 59 Anstalten für Anormale Versorgten nach der eidgenössischen Statistik allein auf 3813 und ausserhalb der Anstalten werden wohl noch über 27,000 solcher Leute sich durchs Leben schlagen müssen.

Der Bund unterstützte vor dem Kriege die gewerbliche Ausbildung der männlichen Jugend mit $1^1/_2$ Millionen Franken, die weibliche Berufsausbildung mit $^1/_2$ Million, total also die berufliche Ausbildung der Normalen mit über zwei Millionen Franken Bundessubvention. Was erhalten die Anormalen, deren gewerbliche Ausbildung mit viel grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen hat und bei denen die gelungene gewerbliche Ausbildung nachweisbar dem Staat und den

---

[1] Gemeint ist wohl Prof. L. Ragaz, der Verfasser des Buches „Die neue Schweiz".

Gemeinden ganz wesentliche Ersparnisse an Armenlasten erzielt, wenn die Anormalen sich selbst durchs Leben zu bringen gelernt haben? Nichts! Vergeblich verwenden sich die Organe, welche die Sache der Anormalen freiwillig auf sich genommen haben, für eine ähnliche Unterstützung ihrer Tätigkeit durch den Bund. Ist das gerecht?

Man sagt, der Staat habe nur ein Interesse an der Ausbildung und Förderung der Normalen. Sollen die Anormalen einfach spartanisch beseitigt werden? Wenn nicht, so sind sie einmal doch da und belasten Staat und Gesellschaft in um so höherem Masse, je weniger sich diese um sie kümmern. Bis jetzt hat fast ausschliesslich nur die Wohltätigkeit sich ihrer angenommen und diese vermag in letzter Zeit bei der Steigerung der allgemeinen Lebenshaltung nicht mehr allein nachzukommen. Helfen wir darum mit, dass auch den Anormalen von der Öffentlichkeit aus zu ihren Rechten verhoifen wird. Setzen wir die Aufstellung von Gesetzesbestimmungen auch für die erwachsenen Anormalen auf unser Arbeitsprogramm und wir lösen damit einen schönen Teil der sozialen Frage und treiben Sozialpolitik im edelsten Sinne des Wortes.

Angeregt durch diese Darlegungen hat Herr Ständerat Dr. Schöpfer von Solothurn am 10. Dezember 1919 folgende Motion eingereicht, die ganz besonderes Interesse verdient:

„Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob nicht der Pflege der Anormalen (Blinde, Taubstumme, Schwachsinnige, Epileptiker usw.) vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden und den auf privater Wohltätigkeit beruhenden Anstalten eine genügende Bundessubvention zukommen sollte und ob nicht zu diesem Zwecke die schweizerische Vereinigung für Anormale mit den nötigen Vorarbeiten zu betrauen, bzw. eine aus Fachmännern zusammengesetzte Expertenkommission zum Studium der Frage einzusetzen sei.“

Es ist dies das erstemal, dass die Sache der Anormalen in den eidgenössischen Räten zur Sprache kommt und das nachfolgende Arbeitsprogramm deutet an, welche Fülle von Arbeit der in Aussicht genommenen Expertenkommission warten würde.

Man sagt, Bund und Kantone haben jetzt kein Geld für die Verwirklichung solcher Aufgaben. Die jetzige soziale Evolution hat aber bewiesen, dass für die Lösung von sozialen Fragen immer Geld da ist, wenn man wirklich will, und der Krieg hat solche Unsummen verschlungen, dass der tausendste Teil dessen, was er gefordert, genügt hätte, den grössten Teil der sozialen Fragen zu lösen. Wäre es nicht denkbar, dass durch die bereits vielerorts eingeführte Vergnügungssteuer die nötigen Mittel erhältlich gemacht werden könnten. Gewiss wären die „Normalen“ gerne bereit, ihren Obolus auf den Altar der Dankbarkeit zu legen, wenn sie Theater und Schaustellungen besuchen, was die Blinden nicht können, wenn sie Konzerten beiwohnen, die den Taubstummen nichts bieten, oder sich ein anderes Vergnügen leisten, das den Anormalen nicht möglich ist.

Wenn wir die Schaffung von Gesetzesbestimmungen für die Anormalen und Subventionierung der Sache der Anormalen durch Bund und Kanton wünschen, so meinen wir damit keineswegs, dass alle Institutionen für Anormale verstaatlicht werden sollten. Im Gegenteil, der Wohltätigkeit muss ein freies Feld der Betätigung erhalten bleiben. Staatsbetriebe haben es an sich, dass sie sofort das Interesse der breiten Öffentlichkeit verlieren und erfahrungsgemäss kommen staatliche Betriebe meist viel teurer zu stehen als private. Die menschliche Gesellschaft

hat es unbedingt nötig, dass sie für die Pflege des Mitleides mit Blinden, Taubstummen, Lahmen, Krüppelhaften, Geistesschwachen ein weites Feld offen hat und dass sich so die edelsten Charaktereigenschaften der Menschheit entfalten können. Die Institutionen für Anormale sollen durch die Unterstützung von Bund und Kantonen der lähmenden Defizitangst und der sie ständig bedrohenden Existenzgefahr enthoben werden und sich dadurch einer gedeihlichen innern und äussern Entwicklung hingeben können.

Für die schweizerische Vereinigung für Anormale:
Dir. *Altherr.*

* * *

Skizze der Aufgaben

für die in Aussicht genommene eidgenössische Expertenkommission für Anormale.
— Blinde, Taubstumme, Krüppel, Lahme, Schwachsinnige, Epileptische —
(nach der am 10. Dezember 1919 im Ständerat von Dr. Schöpfer gestellten Motion).

1. Die Anormalen zur Zeit der Geburt: Sammlung und Anregung von Gesetzesbestimmungen zur Verhütung der Entstehung von Anormalen (nach Anleitung der Ärzte).

a) Vorgeburtliche Massnahmen: Aufstellung von Gesetzesbestimmungen, durch welche die Heirat stark belasteter Leute verboten wird. Aufklärung an die Eheleute über Einfluss des Geschlechtsverkehrs während der Schwangerschaft.

b) Massnahmen während der Geburt: Unterstützungen von Spezialkursen für Hebammen bezüglich Vermeidung von Geburtsanomalien.

c) Nachgeburtliche Massnahmen: Anleitungen an die Mütter und Pflegerinnen anormaler Neugeborner.

2. Die Anormalen im vorschulpflichtigen Alter.

a) Beiträge an die Ausbildung von Lehrpersonal, Kindergärtnerinnen und Pflegerinnen für Anormale an den Kindergarten-Seminarien.

b) Unterstützung von Spezialkursen für Kindergärtnerinnen zur Behandlung anormaler Kinder.

c) Zulagen an die Besoldung von Kindergärtnerinnen, die sich mit Anormalen abgeben.

3. Die Anormalen im schulpflichtigen Alter.

a) Aufstellung und Anregung von schulgesetzlichen Bestimmungen für Anormale und Überwachung der Durchführung bereits bestehender Fürsorge-Bestimmungen.

b) Einrichtung von Beobachtungsstationen zur Versorgung anormaler Kinder.

c) Einrichtung und Unterstützung von Spezialkursen zur Heranbildung von Lehrkräften für Anormale und Unterstützung des bezüglichen Spezialunterrichtes in den Lehrerseminarien.

d) Unterstützung von heilpädagogischen Seminarien in Verbindung mit psychologischen Seminarien der Hochschule und Praktikum an Anstalten für Anormale.

e) Unterstützung der Anstalten zur Erziehung der Anormalen und Beitrag an die Besoldung der Lehrkräfte.

4. Die Anormalen im nachschulpflichtigen Alter.

a) Aufnahmen von Bestimmungen für Anormale in allen gewerblichen Gesetzen.

b) Austeilung von Prämien an Anstalten, welche mit den Anormalen die grössten gewerblichen Erfolge erzielen.

c) Unterstützung von Spezialkursen zur Ausbildung von Lehrwerkmeistern für Anormale.

d) Zuschüsse an die Salarierung und Prämien an die Lehrwerkmeister Anormaler.

5. Die Anormalen im spätern Alter.

a) Unterstützung von Anstalten für erwachsene Anormale.

b) Extrabeiträge an die Bezahlung der Prämien für die Kranken- und Unfallversicherung Anormaler.

c) Extrabeiträge an die Prämien für die Alters- und Invalidenversicherung Anormaler.

d) Unterstützung der Altersasyle für Anormale.

e) Zuschüsse an die Salarierung und Pensionierung der Angestellten der Institutionen für Anormale.

Wie meine Schulklasse eine Obst- und Herbstfrüchte-Ausstellung arrangierte.

Von *H. Blum,* Müntschemier.

Im Kurs für Lehrer an ländlichen Fortbildungsschulen, der letzten Herbst auf der bernischen landwirtschaftlichen Schule Schwand-Münsingen stattfand, war in mir die Liebe zur Arbeit an der Scholle neu gestärkt worden, und ich nahm mir vor, vermehrtes Interesse hierfür auch bei meinen Schülern zu wecken. In meinem Wirkungskreis ist der Obstbau noch nicht auf der Höhe, auf der er seiner Bedeutung gemäss stehen sollte. Um nun bei den Kindern die Liebe hierfür zu wecken und ihnen eine eingehende Kenntnis der Obstsorten zu vermitteln, entschloss ich mich, zu Beginn der Winterschule mit der Schulklasse eine Obst- und Herbstfrüchteausstellung zu arrangieren. An einem der ersten Schultage setzte ich ihnen Ziel und Zweck meines Vorhabens auseinander und ersuchte sie von den verschiedenen Obstsorten, Kartoffeln, Runkeln, Zuckerrüben, Kohlrabi, Zwiebeln usw. zu bringen. Heller Jubel bei Buben und Mädchen! War's doch praktischer Unterricht und nicht Bücherweisheit. Am nächsten Samstag rückten sie heran mit Körbchen und Körben, sogar Handleiterwägelchen und darin sorgfältig die köstlichen Herbstschätze verpackt und noch sorgfältiger die Teller geborgen, die als Unterlage dienen sollten. Zwei Unterrichtsstunden wurden geopfert zum Sichten, Ordnen, Einrichten, Bestimmen, Etikettieren. Hättest du das Interesse der Buben und Mädels gesehen; 86 fleissige Hände regten sich, halfen sich in munterm Bund. Tische wurden hereingetragen, Wandtafeln bei den andern Klassen gepumpt und flach auf die Schulbänke gelegt, um als Tisch zu dienen, Zeitungen, sorgfältig ausgebreitet, ersetzten die weissen Tischtücher. Darauf wurden die Teller gelegt, schön in Reih und Glied. In jeden Teller wurden vier Früchte gelegt, drei unten, eine oben. In diese letztere wurde ein Schnitt gemacht und da hinein ein Zettel gesteckt mit genauer Bezeichnung der Sorte und des Ausstellers. Dass dabei der Name des Schülers stehen musste, ist klar. So lautete beispielsweise ein Zettel:

Winterzitronenapfel. Aussteller: per Ernst Löffel, Walter Gehriger.

Das Sichten, Bestimmen und Ordnen gab sehr viel Arbeit. Beim Bestimmen mussten sehr oft das bernische Stammregister und der „Obstbauer“ zu Rate gezogen werden. Und trotzdem mussten noch Lokalsorten mit den gebräuchlisten mundartlichen Namen bezeichnet werden. Die Arbeit bannte den Lehrer und mehrere Schüler noch den ganzen Nachmittag ins Schulzimmer. Die Ausstellung war über Erwarten reichlich ausgefallen. Abends spät suchte mich der Gemeindeweibel im Schulzimmer auf. Vom Arangement überrascht, erbot er sich sofort, durch Umbieten in der Gemeinde die Sache bekannt zu machen. Ich gab die Zustimmung, dass die Ausstellung am Sonntag der Dorfschaft von 1 Uhr weg geöffnet sei. Eintritt frei. Zahlreich kamen sie, die Eltern, Verwandten und Geschwister der Schüler und bekundeten sehr reges Interesse. An der Wand hing ein Opferkasten und darüber mahnte in grosser Schrift der Vers:

„Freiwillige Gaben für die Reisekasse
Verdankt bestens die Oberklasse.“

Der Kassensturz ergab am Abend ein Resultat von über 50 Fr.

Am Montag erfolgte daun als naturkundlicher Unterricht eine nochmalige eingehende Besprechung der Obstsorten usw., worauf die Kinder die Sachen wieder einpackten und das Schulzimmer in sein Alltagsgepräge zurückversetzten.

Durch diese Veranstaltung hoffe ich bei Erwachsenen und Kindern das Verständnis für den Obstbau gefördert und das Interesse für derartige Ausstellungen geweckt zu haben. Ich habe die Hoffnung, damit in der Gemeinde den Ansporn zu späteren, grösseren Ausstellungen landwirtschaftlicher Produkte gegeben zu haben.

Schulnachrichten.

Der eidgenössische Turnverein zählt nach den soeben bekannt gegebenen Resultaten der Erhebungen für das Jahr 1920 1032 Sektionen mit total 102,154 Mitgliedern. Der Zuwachs im Jahre 1919 betrug 55 Sektionen mit 12,932 Mitgliedern.

Versicherungskasse für Mittellehrer. Damit die Gründung dieser Kasse möglichst gefördert werde, hat die Unterrichtsdirektion eine Kommission eingesetzt, die mit den nötigen Vorarbeiten schon vor der Abstimmung über das Besoldungsgesetz beginnen soll. Die Kommission besteht aus den Herren Dr. H. Bieri, Direktor der Lehrerversicherungskasse, E. Vögeli, Sekundarlehrer, und E. Zimmermann, Lehrer an der Töchterhandelsschule, alle in Bern.

Bern. *Das Konzert der Töchterhandelsschule in der Stadt Bern* („Der Rose Pilgerfahrt“), das Samstag den 14. Februar in der Französischen Kirche stattfinden sollte, muss verschoben werden, da der Chorgesang in den Schulen wegen Grippegefahr von den Behörden bis auf weiteres verboten ist.

Biel. (Korr.) Schon wieder greift die Grippe störend in unsern Schulbetrieb ein. Nach Verordnung der städtischen Behörden musste Samstag, den 7. Februar der Unterricht an sämtlichen hiesigen Lehranstalten eingestellt werden. Dieser jähe Unterbruch der Schularbeit ist für die Lehrerschaft eine bittere Enttäuschung. Wie gerne hätten wir wieder einmal ein normales Schuljahr abgeschlossen, um im kommenden Frühling an ein nicht zum vorneherein mit Defiziten belastetes Arbeitsprogramm herantreten zu müssen. Glücklicherweise tritt die Krankheit

bis jetzt mit wenig Ausnahmen in leichter Form auf. Dagegen soll sie, wie hiesige Ärzte versichern, sehr ansteckend sein. Dass Schulklassen, diese Stelldichein von Kindern aus verschiedenen Familien und verschiedenen Quartieren, mit verschiedenen Begriffen von Ordnung und Reinlichkeit qualifizierte Ansteckungsherde sein müssen, darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen.

Langnau (Korr.) Die Sektion Oberemmental des B. L. V. hielt am 24. Januar im Sekundarschulhause in Langnau eine gut besuchte Sitzung. Mit Worten der Dankbarkeit gedachte der Präsident, Sekundarlehrer Schmied in Signau, der Tätigkeit der kurz vor Neujahr verstorbenen Kollegin Frl. Anna Ledermann in Signau, die an den dortigen Schulen fast volle 42 Jahre ohne Unterbruch gewirkt hat. Von der letzten Einwohnergemeindeversammlung im Dezember wurde Frl. Ledermann einstimmig auf eine neue Amtsdauer bestätigt. Der Vorstand der Sektion wurde beauftragt, Herrn Inspektor Reuteler in Zäziwil, der seit längerer Zeit das Bett hüten muss, die herzlichsten Wünsche der baldigen Genesung zu übermitteln.

Hierauf hielt Herr Wymann, Sekundarlehrer in Biglen, ein vorzügliches Referat über „Heimat- und Geschichtsunterricht". Mit warmen Worten befürwortete er die Schaffung einer Heimatkunde für das Oberemmental. Einstimmig beschloss die Versammlung, die Herausgabe eines solchen Werkes mit Rat und Tat ermöglichen zu helfen, um so mehr, da verschiedene Vorarbeiten schon getroffen worden sind. Allgemein wurde in der Diskussion der Wunsch nach einem Quellenbuch für den Geschichtsunterricht laut, indem einem solchen Werke grösserer Wert und grössere Bedeutung zugemessen wird, als einem Geschichtsbuch für die Primarschulen. Herrn Wymann sei auch an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen für seine überzeugenden Ausführungen.

☛ Sämtliche Zuschriften, die **Redaktion** betreffend, sind an **Sekundarlehrer Ernst Zimmermann, Bern, Schulweg 11**, zu richten; diejenigen, die **Expedition** betreffend, an die **Buchdruckerei Büchler & Co., Bern.**

Lehrergesangverein Bern. Die Proben müssen der Grippe wegen bis auf weiteres ausgesetzt werden.

Der Vorstand.

Unterstützt das

Schulmuseum

durch die

LOTTERIE

50,000 Treffer im Betrag von Fr. 250,000

Haupttreffer: Fr. 20,000, 10,000, 4000

Lose à Fr. 1 und **Ziehungslisten à 20 Cts.** sind zu beziehen von der **Gewerbekasse in Bern** gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages mit Porto auf Postcheck-Konto III/2275.

☛ **Gewinn sofort ersichtlich.** ☚

Reinertrag für Schulmuseums-Neubau bestimmt. Auf je 100 Lose 12 Gratislose. Wiederverkäufer gesucht.

Der Turposaurus

oder „En Vortrag mit Hindernisse", 5 Herren, 4 Damen. Preis Fr. 1.50. Theaterverlag **J. Wirz, Wetzikon.**

Theaterkatalog gratis.

Neue deutsche Orthographie

(Duden)

Amtlich für die **Schweiz,** Deutschland und Österreich (**13.** Auflage: 176. Tausend.)

1 Ex. 10 Rp., 10 Ex. 75 Rp., 50 Ex. Fr. 3.50, 100 Ex. Fr. 6.—

Buchdruckerei Büchler & Co., Bern

Schulausschreibungen.

Schulort	Kreis	Klasse und Schuljahr	Kinderzahl	Gemeinde-Besoldung ohne Naturalien Fr.	Anmerkungen*	Anmeldungstermin
a) Primarschule.						
Thun	II	II c (8. Schj.)	35—40	4200 †	9	20. Febr.
Unterseen	I	V (1.-3. Schj.)	50	1400 †	2 11 13	15. „
Gemeinde Aeschi						
Aeschiried	I	I	25	900	2	10. März
Emdtal	I	I (1.-6. Schj.)	40	950	2	10. „
Aeschi-Dorf	I	II	35	900	10	10. „
Gstaad	II	II (5. u. 6. Schj.)	40	850	2	15. Febr.
b) Mittelschule.						
Lehrstellen zur definitiven Besetzung.						
Bern, städt. Gymnasium	I	*a)* Franz. (Lit.-Schule u. 1. Kl. Prog.)		6000 †	2 u. 9	15. Febr.
		b) Handelsfächer (Handelsschule)		6000 †	2 u. 9	15. „
		c) Franz. u. Latein (Prog.), Ital. (1. Kl. der Realschule)		5225 †	11 2 u. 9	15. „
		d) Turnen (Lit.- und Handelsschule), Turnen, Geographie u. Schreiben (Prog.)		5620 †	11 2 u. 9	15. „
		e) Naturgeschichte u. Geographie (Prog.), Naturgeschichte (Lit.-Schule)		5225 †	11 2 u. 9	15. „
Lehrstellen zur provisorischen Besetzung.						
Bern, städt. Gymnasium	I	*a)* 6 Stellen Mathematik an Lit.- u. Handelsschule		215 † per Stunde		15. Febr.
		b) 13 Stellen Mathematik (Prog.)		170 † per Stunde		15. „
		c) 3 bis 6 Stellen Chemie (Realschule)		215 † per Stunde		15. „

Anmerkungen: 1 Wegen Ablaufs der Amtsdauer. 2 Wegen Demission. 3 Wegen provisorischer Besetzung. 4 Für einen Lehrer. 5 Für eine Lehrerin. 6 Wegen Todesfall. 7 Zweite Ausschreibung. 8 Eventuelle Ausschreibung. 9 Neu errichtet. 10 Wegen Beförderung. 11 Der bisherige Inhaber der Lehrstelle wird als angemeldet betrachtet. 12 Zur Neubesetzung. 13 Persönliche Vorstellung nur auf Einladung hin. † Dienstjahrzulagen.

Druck und Expedition: **Büchler & Co.**, Bern.